Antrag

beschlossen von der 199. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg
am 12. November 2026

Nein zu Selbstbehalten bei Kassenärzt:innen – Gesundheit darf keine Frage des Geldbeutels sein

Bekannt gewordene Vorschläge aus dem Umfeld der Arbeitgeber:innenvertretung in der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) sehen unter anderem eine gestaffelte Kostenbeteiligung bei Arztbesuchen und die Streichung der Kostenerstattung für Wahlärzt:innen vor. Auch zusätzliche finanzielle Belastungen für Teilzeitbeschäftigte stehen im Raum. Diese Pläne weisen in die falsche Richtung: Statt die medizinische Versorgung zu verbessern, sollen die Versicherten stärker zur Kasse gebeten werden.

Selbstbehalte sind keine Lösung für die Herausforderungen des Gesundheitssystems. Sie schaffen finanzielle Hürden und treffen besonders jene Menschen, die ohnehin über ein geringeres Einkommen verfügen oder regelmäßig medizinische Hilfe benötigen. Wer krank ist, darf nicht zuerst überlegen müssen, ob ein Arztbesuch finanziell leistbar ist. Die e-card darf nicht durch die Kreditkarte als Zugangskriterium zur Gesundheitsversorgung ersetzt werden.

Gerade angesichts langer Wartezeiten und bestehender Versorgungslücken ist es notwendig, das Angebot an Kassenleistungen auszubauen. Wenn Menschen auf Wahlärzt:innen ausweichen, weil sie zeitnah eine Behandlung benötigen, ist das ein deutliches Warnsignal für die bestehenden Probleme in der Versorgung und kein Argument für zusätzliche Selbstbehalte, wie es die Arbeitgeber:innenvertretung in der ÖGK darstellt. Die gesundheitliche Notlage von Menschen darf nicht zum Geschäftsmodell werden. Die Antwort muss eine bessere öffentliche und solidarische Gesundheitsversorgung sein – nicht die zusätzliche Belastung aller Versicherten.

Arbeitnehmer:innen finanzieren das Gesundheitssystem durch ihre Beiträge maßgeblich mit. Sie haben deshalb Anspruch auf eine verlässliche, hochwertige und leistbare medizinische Versorgung. Zusätzliche Kostenbeteiligungen würden das Solidaritätsprinzip schwächen und den Weg in eine Zwei-Klassen-Medizin weiter öffnen.

Die Arbeiterkammer Vorarlberg muss sich daher klar gegen Selbstbehalte und Leistungskürzungen auf Kosten der Versicherten positionieren. Nicht die Patient:innen müssen mehr bezahlen, sondern die Versorgung muss besser werden.

Die 199. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg fordert daher die Landes- und Bundesregierung auf, sich mit Nachdruck dafür einzusetzen:

1. **Selbstbehalte bei Kassenärzt:innen zu verhindern** und jede zusätzliche finanzielle Belastung von Patient:innen durch die gesetzliche Krankenversicherung abzulehnen.
2. **Die solidarische Finanzierung und den einkommensunabhängigen Zugang zur Gesundheitsversorgung zu sichern.** Arbeitnehmer:innen leisten mit ihren Sozialversicherungsbeiträgen einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung des Gesundheitssystems. Sie dürfen nicht durch zusätzliche Gebühren oder Leistungskürzungen weiter belastet werden.
3. **Die Kassenversorgung bedarfsgerecht auszubauen,** Versorgungslücken zu schließen und Wartezeiten zu verkürzen. Dafür braucht es ausreichend verfügbare Kassenarztstellen, ein stärkeres Angebot an Primärversorgung und gut erreichbare medizinische Anlaufstellen.
4. **Die Kostenerstattung für Wahlärzt:innen nicht ersatzlos zu streichen.** Hohe private Gesundheitsausgaben sind ein Hinweis auf bestehende Versorgungslücken und dürfen nicht zum Anlass genommen werden, Versicherte zusätzlich zu belasten. Ziel muss es sein, die Versorgung auf Kosten der Krankenkasse so zu verbessern, dass Menschen nicht aus Zeitdruck auf private Leistungen angewiesen sind.
5. **Eine finanzielle Benachteiligung von Teilzeitbeschäftigten in der Krankenversicherung zu verhindern.** Insbesondere Frauen tragen aufgrund der ungleichen Verteilung von Kinderbetreuung, Pflege und unbezahlter Sorgearbeit überproportional häufig die Folgen von Teilzeitarbeit. Zusätzliche finanzielle Belastungen würden bestehende Ungleichheiten weiter verschärfen.
6. **Die Interessen der Versicherten in der Selbstverwaltung der Sozialversicherung zu stärken** und sicherzustellen, dass Entscheidungen über Leistungen und Finanzierung nicht einseitig zulasten der Arbeitnehmer:innen getroffen werden.
7. **Die kassenärztliche Versorgung insbesondere auch in Vorarlberg auszubauen**, offene Kassenstellen rasch nachzubesetzen, Wartezeiten zu verkürzen und eine wohnortnahe medizinische Versorgung sicherzustellen.